

BM Böhling erläutert das der Sitzungsvorlage beigefügte Positionspapier des Niedersächsischen Städte u. Gemeindebundes (NSGB). Er weist darauf hin, dass dieses im Grundsatz die bisher von der Gemeinde erarbeiteten Vorschläge beinhaltet und bittet um Unterstützung des NSGB.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Das der Sitzungsvorlage beigefügte Positionspapier des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes wird grundsätzlich anerkannt. Die Grenzwerte nach den Bestimmungen der Bundesimmissionsschutzverordnung sollten in einem gesonderten Verfahren beraten werden.